

Preußen!

Seite, 22. Juni.

Was jetzt in Preußen vorgeht, ist für die Arbeiterklasse ganz Deutschlands von größter Bedeutung. Die Arbeiter müssen wissen sehr gut, daß die heutigen Entscheidungen die weittragendsten Folgen für das gesamte Reich haben.

Die sozialdemokratischen Führer, die den kampfhaften Versuch unternahmen, die Massen zu täuschen, indem sie ihnen glauben machen wollten, daß durch eine gereinigte Parlamentsarbeit, durch Geschäftsverhandlungen oder ein paar Wahlversprechen im Landtage der Faschismus von der Macht ferngehalten werden könne, haben gesehen die Masse vollends fallen lassen.

Einige Freikämpfer, die geschäftsführende Brauereiverwaltung hat folgendes „gestan“, um den Faschismus zurückzuwerfen:

Der Ministerpräsident Braun ist ebenso wie eine ganze Anzahl anderer hoher sozialdemokratischer Staatsfunktionäre auf Urlaub gegangen.

Der Innenminister Seevering hat nichts getan gegen die Aufhebung des SU-Verbots. Sogar die zentralistischen Minister der jüdischen Staaten sind in dieser Beziehung „tabula rasa“ gewesen als der Sozialdemokratische Seevering. Sogar das holländische SPD-Blatt hat gestern ganz entsetzt geschrieben, daß es immer freudiger wachsenden Verdriet über den braunen System-Ameise:

„Sagern hat solche Dinge vorzugehen und deshalb schnell einen Rückziehl vorgehen. Warum geschieht das nicht auch in Preußen, die schlimmere Dinge passieren?“

Die preussische Regierung läßt die SA marschieren, aber der rote Frontkämpferbund, der revolutionäre Freiendevorband und andere antifaschistische Organisationen sind auch heute in Preußen verboten.

Der Innenminister Seevering verbleibt der kommunistischen Partei in Berlin den Aufhängen für eine antifaschistische Demonstration. Er gestattet aber den tatsächlichen Studentenorganisationen, eine nationale politische Demonstration am 28. Juni in diesem selben Lustgarten zu veranstalten.

Gestern Abend haben die SPD-Führer im „Vorwärts“ auf die Kundgebung unseres Zentralkomitees zur Wahl des Präsidiums im Preussischen Landtag geantwortet. Ihre Antwort besteht aus einem letzten hübschen Wehklagen. Das Zentralorgan der SPD, die vorwärts, das „Kampfbanner gegen den Faschismus zu erheben“, antwortet mit Hohn und Spott und bezeichnet die Vorläufer der kommunistischen Partei als „Schwindel“ und „Täuschungsmanöver“, plumpe „Korpsgeisterei“ und „neueste Tricks“.

Im Augenblick, wo bekannt wird, daß die Papen, Schleicher und Hitler die offene Militärdiktatur aufzurichten wollen, im Augenblick, wo wir im Interesse einheitlichen Kampfes aller Unterdrückten auf die Aufstellung eigener Kampfverbände verzichten, wenn damit die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit für die Arbeiter in Preußen gefährdet wird, wenn damit die Papenschen Notverordnungen in Preußen zu Fall gebracht werden, in dem Augenblick wird wir in der Sprache der sozialdemokratischen Führer eine Schinderei erleben.

Im Namen der SPD-Führer schreibt das Zentralorgan hier angeblich antifaschistische Partei folgende Antwort:

„Die SPD hat auch nicht die Absicht. Sie hat nämlich ihr Ansehen, für ein Landtagspräsidium von Sozialdemokraten und Zentrum zu stimmen, an Bedingungen geknüpft, von denen sie ganz genau weiß, daß sie unausführbar sind. Diese Bedingungen sind erstens die Herstellung der völligen Demonstrationsfreiheit in Preußen und zweitens die Nichtdurchführung der Notverordnungen. Die erste Bedingung ist aus tatsächlichen, die zweite aus rechtlichen Gründen unzulänglichbar. Die volle Demonstrationsfreiheit im gegenwärtigen Augenblick bedeutet die ungemächliche Entlassung des Tränen- und Blüthenregiments. Die Nichtdurchführung der Notverordnungen würde der Regierung von Papen den längst gewünschten Vorwand geben, einen Reichsausschuß für Preußen zu bestellen.“

„Aus rechtlichen“ Gründen verzichten die SPD-Führer darauf, der gemeinsamen Arbeiterfront Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die politischen Freiheiten der Arbeiterklasse zu sichern, die Hungernotmaßnahmen des Papen-Kabinetts zu verhindern. Aber es ist für die SPD-Führer „rechtlich haltbar“, wenn von diesem Papen-Kabinetts der Reichstag auseinandergerückt wird, die tollsten Notverordnungen erlassen werden und die Nazi-Banden in ihren Notverordnungs-Uniformen Gewerkschaftshäuser brennen und Arbeiter niedererschlagen. So wird dem Reichsausschuß für Preußen durch diese Stiefelrederei der Weg gebahnt!

Das Zentrum, mit dem die SPD-Führer in jahrelanger Koalition zusammenarbeiten haben, tut harterweise mit den Nationalsozialisten um den Posten des preussischen Ministerpräsidenten. Die Wahl desselben soll bis nach der Reichstagswahl verschoben werden. Die Nazis erklären sich ebenfalls dafür unter der Bedingung, daß das Zentrum für die Wiederwahl des Nazis Kerl als Landtagspräsidenten stimmt. Zentrum und Nazi-Führer wollen Zeit für weitere Koalitionsverhandlungen gewinnen.

So sieht der Kampf gegen den Faschismus durch die SPD-Führer und ihre Koalitionsgenossen aus. Er entwirft sich über, daß das Zentralkomitee unserer Partei gehänselt gefürchtet hat, daß es für Kommunisten keinen Fortschritt mit Beratern der Arbeiterklasse gibt. Haben wir heute nicht hundertfache Beweise für diese Behauptung? Lieber nehmen die SPD-Führer sich um Landtagspräsidium, lieber gestalten sie der System-Ameise Hiltes, Proleten niederschlagen, als daß sie der Arbeiterklasse in Preußen die Wiedererlangung der Papenschen Notverordnungen durchzuführen helfen. — So sieht die Antwort der SPD-Führer und des Zentrums auf den kommunistischen Kampfvorschlag zur heutigen Landtagsabstimmung aus.

Die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter antworten anders. Sie wollen die Straße frei für den Proletariat, sie wollen Brot und Arbeit! Vorwärts unter dem Banner der antifaschistischen Aktion! Roter Massenstreik! Kampf gegen faschistischen Wucherzorn! Draußen den politischen Massenstreik gegen die Regierung der Aufrechterhaltung des faschistischen Diktators!

Eine Mittelstandsabgabe ereignete sich in Berlin, wo ein Druggen-Gebäude den Fiskus ludte aus Verzweiflung über den Zusammenbruch ihres Geschäftes.

Vor der Militärdiktatur!

Hilfer beschwert sich — aber nicht über Lohn- und Unterfürsorgeabbau, sondern über jüdisches Uniformverbot — Heute Konferenz der Länderminister

(Eig. Meldg.) Berlin, 22. Juni.

Die heutige im Reichsinnenministerium stattfindende Konferenz Gays mit den Innenministern der Länder sieht ganz im Zeichen neuer, außerordentlich ernster Angelegenheiten der Regierung aus. Eine ganze Reihe selbst bürgerlicher Zeitungen, so der „Jugendliche“ und das „Berliner Tageblatt“, melden das, daß ein, daß der Reichsminister v. Schleicher auf schnelle Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes und auf die Militärdiktatur zuweilen.

Vorgeföhren haben Hilfer, Fied, Goering und Franz 2 zu einer Unterredung bei Gays eingeladen. Wollte die Führung der Nazis Protest einlegen gegen den beliebigen Lohn- und Rentenabbau durch die fünfte Notverordnung? Kineswegs! Nicht mit einem einzigen Wort haben die Hitler und Goering den Sozialdemokraten Hilfer, daß die Nazis nicht einverstanden sind, wenn Millionen Reichsbürger aus ihrer Heimat vertrieben werden, wenn diese Notverordnung haben sie nicht einzuwenden, sie sind mit ihr völlig einverstanden.

Die Gorge stellt sich anderen Dingen; er beschwerte sich darüber, daß in Bayern und Baden das Uniformverbot noch besteht; wogert er nicht, dieses Verbot abzuheben, damit auch die Arbeiter der Sozialdemokraten in Bayern und Baden sich nicht durch das Uniformverbot in die gleiche Lage versetzt werden, die alle Länder gemeinlich, das Verbot der SU-Uniformierung aufzuheben. So braucht nicht bewiesen zu werden, daß die Feld in Bayern und Baden sich einer solchen Notverordnung nur allzu willig fügen werden. Um so eher dürfte die Arbeiterklasse die Sache der Befämpfung des Faschismus anerkennen als sich selbst. Nur dazu ist sie in der Lage, wenn die Hände der Militärdiktatur nicht an die Arbeiter, einen: Kommissariat gleich, als Wertigkeiten annehmen. Gegen die Barone und Trübsener — für die Arbeiter- und Bauernregierung!

„Der Kampf mit den schwarzen Parteien wird ausgefochten werden. Es gibt keine Kapitulation mehr vor ihnen...“

Gegen solche Schlingel sollte nicht jedes Mittel der Reichsautorität eingesetzt werden? Gelingt es („der Reichsautorität“), die militärische Gewalt in der Reichsregierung, nicht in die Reichsregierung zu verlagern, dann muß mit Notwendigkeit durchgegriffen werden. Wirksamste Mittel haben den Reich zur Verfügung, die Polizei und — letzte, die Gewalt (Schlichtung) kann jeder selbst ansetzen werden.“

Dieser Schrei nach der Reichsautorität ist, wie die Reichsregierung, dem mächtigsten Mann der Reichsregierung, nicht in die Reichsregierung zu verlagern, dann muß mit Notwendigkeit durchgegriffen werden. Wirksamste Mittel haben den Reich zur Verfügung, die Polizei und — letzte, die Gewalt (Schlichtung) kann jeder selbst ansetzen werden.“

So braucht nicht bewiesen zu werden, daß die Feld in Bayern und Baden sich einer solchen Notverordnung nur allzu willig fügen werden. Um so eher dürfte die Arbeiterklasse die Sache der Befämpfung des Faschismus anerkennen als sich selbst. Nur dazu ist sie in der Lage, wenn die Hände der Militärdiktatur nicht an die Arbeiter, einen: Kommissariat gleich, als Wertigkeiten annehmen. Gegen die Barone und Trübsener — für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Seevering gibt Faschisten die Straße frei

(Eig. Drahtm.) Berlin, 22. Juni.

Im gestrigen Hauptausfluß des Preussischen Landtages erklärte der preussische Innenminister Seevering, daß die von der kommunistischen Partei geforderte Freigabe des Kulturgutes am morgigen Tag für eine antifaschistische Demonstration nicht erlaubt werde.

Hingegen erklärte er auf einen Einwand der Vertreter der Faschisten und Deutschnationalen, daß der Kulturgut in einer Demonstration am 28. Juni für die deutsche Stahlhelm-Studentenschaft, die bündische Reichswehr und den Sudeten deutschen Heimatschutz freigegeben wird. Bei den letzteren Organisationen handelt es sich um ausgemachte faschistische Verbände, die unter dem Vorwand einer überparteilichen Veranstaltung am 28. Juni einen nationalsozialistischen Kummel durchführen wollen.

Das ist die Antwort Seeverings, die Antwort der sozialdemokratischen Führer auf die Forderung der SPD nach einem gemeinsamen antifaschistischen Ausmarsch der Sozialdemokraten, Kommunisten und christlichen Arbeiter im Lustgarten. Verliert die antifaschistische Aktion.

Auch die ADGB-Führer für Faschisten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 22. Juni.

Auf die Forderung der SPD und auf das Angebot in Preußen ein Landtagspräsidium ohne Nazis und Deutschnationalen zu wählen, antwortet der Vorstand des ADGB heute in einer Erklärung scharf ablehnend. Der ADGB-Vorstand erklärte:

„Der Vorstand des ADGB sieht für die Einigungsversuche keine Erfolgsmöglichkeiten.“

Die Antwort der Arbeiter muß sein, daß sie sich nun erst recht in den Betrieben zusammenzuschließen zum gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Reaktion.

Zentrum wählt Nazi-Kerl zum preussischen Landtagspräsidenten

Hitler einverstanden

(Eig. Drahtm.) Berlin, 22. Juni.

Die Zentrumspartei des Preussischen Landtags hat heute bekannt, daß die Nationalsozialisten an sie herangetreten seien mit dem Ersuchen, die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten am morgigen Tag zu verschieben. Die Zentrumspartei hat sich nach der Reichstagswahl zu verhalten.

Tatsachen zum Nachdenken

Naziproleten! Dafür werdet ihr in die Notverordnungsjacke gesteckt und gegen eure Klassengenossen gehehrt!

Riefenprofite im IG-Farbentrust

Es gibt eben Leute, denen es noch im Papen-Deutschland sehr gut geht! Beispielsweise den Aktionären des mächtigsten Trusts des deutschen Finanzkapitals, der IG-Farben. Der Vertreter in der Reichsregierung, der Wirtschaftsminister Marx-Kohl wird, der Finanzberater der Papen-Regierung, der Herr Schmitz haben zwar an der Notverordnung mit gearbeitet, aber der Notverordnungsdruck wirkt jetzt die folgenden gewaltigen Dividenden aus:

Deutsche Grube bei Bitterfeld, 10 8 Prozent Dividende.

Nationalistenpleite

Wie aus Amerika heute nachgebräht wurde, ist der „nationale“ Vogelerhos Schmalzing seinem Gegner Charles nach Punkten unterlegen. Eine verpaßte Gelegenheit für einen „nationalen“ Kummel!

Die revolutionäre Arbeiterkraft in Mansfeld empfängt die Reichswehr

Wir wir an anderer Stelle unserer heutigen Ausgabe ausführlich berichtet, wurde eine Reichswehrdivision in Mansfeld zu einem großen nationalsozialistischen Kummel kommandiert. Das Geschehen meldet uns ein Arbeiterkorpsmitglied folgenden bemerkenswerten Bericht.

Die revolutionäre Arbeiterkraft hatte die Nationalsozialisten im Wandergelände mit revolutionären Vorkämpfern in die Hände des Leutnants Seeringer geschickt, teilte die Wandergelände, ein Kleinfeld, war mit revolutionären Vorkämpfern für die Reichswehrsoldaten mit Stoff bemalt. Auch wurde die Fiamme der Reichswehr mit revolutionären Vorkämpfern besetzt. Deshalb war es notwendig, daß schon in den ersten Morgenstunden eine Abteilung Reichswehr das Gelände des Flugplatzes übernahm. Um den Soldaten nicht die revolutionären Vorkämpfer, die ebenfalls mit Stoff bemalt waren, zu lassen, wurde ein großer Teil der Weg nach dem Wandergelände gemeldet.

Polizeibeamte werden gerüffelt

(Arbeiterkorpsmitglied)

Bei den letzten Vorkämpfen in Halle, bei dem Räumen der Straßen und Plätze durch die Polizei habe ich beobachtet, daß die Polizeibeamten auf offener Straße gehörige Missetaten gegen die freie Meinungsäußerung der Offiziere nicht ernstlich genug gegen die hungernden Massen einschickten. In einem Falle verlor ich ein Beamter zu verurteilen und es kam zu einer Szene, die Grund der Notverordnungen in einer kommunistischen Tageszeitung nicht wiedergegeben werden kann, ohne das Ansehen der Zeitung zu gefährden.

In Berlin vertrieben gestern SU-Mordbanditen einen Demonstranten in Kneipen auf eine Expedition der „Roten Nazis“, kommunistische und Reichsbannerarbeiter vertrieben die Nazis. Dieser nach bewährter Methode die Polizei holten, die gegen Arbeiter vorging.

35 Millionen Mark für die Stahlbarone

Wie wir gestern bereits kurz berichteten, hat die Reichsregierung die Dresdner Bank benutzigt, ein Mandat für die Eisenindustrie Bergwerks AG zu erteilen, da diese augenblicklich nicht in der Lage war, die Schuldenverpflichtungen nachzukommen. Wie heute morgen die bürgerliche Presse meldet, hat die Aktien, die in der Höhe mit 42 Prozent notierten, in ein paar Stunden um 80 Prozent über den Marktwert von 35 Millionen Mark für die Stahlbarone.

Wie wir gestern bereits kurz berichteten, hat die Reichsregierung die Dresdner Bank benutzigt, ein Mandat für die Eisenindustrie Bergwerks AG zu erteilen, da diese augenblicklich nicht in der Lage war, die Schuldenverpflichtungen nachzukommen. Wie heute morgen die bürgerliche Presse meldet, hat die Aktien, die in der Höhe mit 42 Prozent notierten, in ein paar Stunden um 80 Prozent über den Marktwert von 35 Millionen Mark für die Stahlbarone.

Wie wir gestern bereits kurz berichteten, hat die Reichsregierung die Dresdner Bank benutzigt, ein Mandat für die Eisenindustrie Bergwerks AG zu erteilen, da diese augenblicklich nicht in der Lage war, die Schuldenverpflichtungen nachzukommen. Wie heute morgen die bürgerliche Presse meldet, hat die Aktien, die in der Höhe mit 42 Prozent notierten, in ein paar Stunden um 80 Prozent über den Marktwert von 35 Millionen Mark für die Stahlbarone.

Wie wir gestern bereits kurz berichteten, hat die Reichsregierung die Dresdner Bank benutzigt, ein Mandat für die Eisenindustrie Bergwerks AG zu erteilen, da diese augenblicklich nicht in der Lage war, die Schuldenverpflichtungen nachzukommen. Wie heute morgen die bürgerliche Presse meldet, hat die Aktien, die in der Höhe mit 42 Prozent notierten, in ein paar Stunden um 80 Prozent über den Marktwert von 35 Millionen Mark für die Stahlbarone.

Wie wir gestern bereits kurz berichteten, hat die Reichsregierung die Dresdner Bank benutzigt, ein Mandat für die Eisenindustrie Bergwerks AG zu erteilen, da diese augenblicklich nicht in der Lage war, die Schuldenverpflichtungen nachzukommen. Wie heute morgen die bürgerliche Presse meldet, hat die Aktien, die in der Höhe mit 42 Prozent notierten, in ein paar Stunden um 80 Prozent über den Marktwert von 35 Millionen Mark für die Stahlbarone.

Wie wir gestern bereits kurz berichteten, hat die Reichsregierung die Dresdner Bank benutzigt, ein Mandat für die Eisenindustrie Bergwerks AG zu erteilen, da diese augenblicklich nicht in der Lage war, die Schuldenverpflichtungen nachzukommen. Wie heute morgen die bürgerliche Presse meldet, hat die Aktien, die in der Höhe mit 42 Prozent notierten, in ein paar Stunden um 80 Prozent über den Marktwert von 35 Millionen Mark für die Stahlbarone.

Wie wir gestern bereits kurz berichteten, hat die Reichsregierung die Dresdner Bank benutzigt, ein Mandat für die Eisenindustrie Bergwerks AG zu erteilen, da diese augenblicklich nicht in der Lage war, die Schuldenverpflichtungen nachzukommen. Wie heute morgen die bürgerliche Presse meldet, hat die Aktien, die in der Höhe mit 42 Prozent notierten, in ein paar Stunden um 80 Prozent über den Marktwert von 35 Millionen Mark für die Stahlbarone.

Die bürgerliche...
25 Ja...
Um...
Fortu...
Ro...

Zigarren und Zigaretten mit Mordgeruch

Otto Marloh wirbt auf Grund der von ihm angeordneten Erschießung der 30 Matrosen im Jahre 1919 für seine Zigarren und Zigaretten — Nazi-Kube empfiehlt ihn

In unsere Hände ist ein Werbebrief des lehrerzeitigen wehrpflichtigen Offiziers Marloh gelangt, der am 11. März 1919 unter dem Kommando Rostes 30 revolutionäre Matrosen in der Französischen Straße in Berlin erschossen ließ. Der Mann, der eine solche Vergangenheit als Arbeitermörder hat, befindet sich heute selbsthändig in den Reihen Hitlers, weil er weiß, daß diese Partei seine Traktate fortsetzt, und rühmt sich seiner Taten. So, er verlangt, daß jeder Patriot auf Grund dieser seiner Taten nur bei ihm Zigarren und Zigaretten kaufen soll. Wir geben hier den Brief wörtlich wieder:

Otto Marloh

*Altona-Ge. Flottbeck
Menzelstr. 12
D 9 3200*

„Sehr geehrter Herr Parteigenosse!

Auf Veranlassung von Herrn P. Kube, M. d. L., bitte ich Sie, mein Kube zu werden.

Mein Name wird Ihnen noch bekannt sein durch den Marloh-Prozess 1919 wegen Erschießung der 30 Liebknecht-Matrosen, die ich als Freikorpskämpfer auf Befehl der Regierung bzw. meiner Vorgesetzten in der klaren Erkenntnis angeordnet hatte, daß ein Aufstieg Deutschlands nur nach Vernichtung des Bolschewismus möglich sei. Vier Monate schwere Untersuchungshaft, drei Monate Festung und 10 000 Mark und mehr Verlust durch

die Prozesskosten waren für mich das Ergebnis meines Einsatzes für Deutschlands Aufstieg.

Nach dem Kapp-Putsch wurde ich verabschiedet als Polizeioffizier auf Betreiben des Innenministers Friede entlassen. Die Hetze der Marxisten gegen mich, wie Streikhetze usw., machten es mir unmöglich, in der Industrie unterzukommen. Ich ging dann zu einer Bank, arbeitete mich zum Bankvorsteher hoch, um 1924 wieder abgebaut zu werden.

Seitdem habe ich meinen Zigarren- und Zigaretten-Großhandel, um für Frau und fünf Kinder den Lebensunterhalt zu finden. Das Geschäft entwickelte sich mit Fleiß und Ausdauer gut, da viele Kreise sich veranlaßt sahen, von mir zu beziehen. So sind z. B. die Stückenwerft, Blohm & Voß, Siemens-Schuckertwerke und viele nationale Firmen nicht nur meinewegen, sondern auch der billigen und guten Sachen wegen meine Kunden.

Meine schweren Kriegsschäden (etwa 80 Prozent erwerbsunfähig), Verlust des rechten Unterarms und schweren Kopfschuß, durch den ich an epileptischen Anfällen leide, behindern mich in der Ausübung meines Geschäftes stark.

Mit deutschem Gruß und Hitler Heil!

Dieser Brief spricht für sich und bedarf keines Kommentars. Der Naziüber Kube unterstützt ihn und weiß warum. Dann was Marloh damals unter dem Kommando des Sozialdemokraten Rostes tat, das jetzt die Nazis heute in großem Maßstabe fort. Gerade daran, daß Nazi-Kube Marloh empfiehlt, kann jeder Arbeiter erkennen, wer die Nazi-Partei ist.

Mord an einer 16jährigen

Beleh, 21. Juni. In einem kleinen Anwesen bei Behle in der Nähe von Weihenburg wurde gestern ein Kapitalverbrechen ein heftiger Mord an der 16-jährigen Hilke M... entdeckt. Die Kriminalpolizei und der Oberstaatsanwalt aus Schwerin befinden sich zur Zeit noch am Tatort.

Von einer kleinen Geschickstelle zurückgeführt, fand gestern das Ehepaar Müller ihre Tochter mit einem Seil erschlagen im Garten unter einem Gehäuf auf. Das Mädchen hielt sich den ganzen Tag allein im Hause auf, da es während der Anwesenheit der Eltern die Wohnung hüten mußte. Gegen halb sechs Uhr hatten Nachbarn beobachtet, daß ein Landarbeiter an der Gartentür des Hauses mehrere Male klingelte, ohne daß ihm von der hilfe Müller geöffnet worden war. In der Annahme, das Haus sei unbewacht, war er wohl eingedrungen und in das Haus eingebrungen.

Großer Einbruchsdiebstahl in Erfurt

11. Erfurt, 21. Juni. In der Nacht zum Dienstag waren im bekannten Täter die Schaufelwerke eines Erfurter Juwelergeschäfts ein und erbeuteten aus den Kassagen eine große Anzahl von Gegenständen, darunter allein über 100 goldene Ringe mit wertvollen Steinen und Perlen. Auch die Schaufelwerke nahmen sie mit. Der Juwelier, der nicht versichert ist und durch den Einbruch einen großen Schaden erlitt, hat für die Ergreifung der Täter und die Wiederherstellung des gestohlenen Gutes eine Belohnung ausgesetzt. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, muß sich der eine Täter bei dem Raub an der linken Hand eine Verletzung zugezogen haben.

Schwere Bluttat Zwei Tote

Waal, 21. Juni. Auf der Diele eines Hauses fand ein Nachbar mit aus Karl seine vierzehnjährige Tochter Maria tot auf das Mädchen war durch einen Schuß in die Schäfte getötet worden. Wenige Schritte entfernt lag gleichfalls tot der Mordopfer Deimfried Kemm. Die Ermittlungen der Polizei haben ergeben, daß Kemm das Mädchen und dann sich selbst getötet hat. Ein einem hinterlassenen Brief geht hervor, daß die Tat auf Lebensmutter zurückzuführen ist. Dem Täter war vor einem halben Jahr die Stellung gekündigt worden, der hoffte, hätte ihn jedoch, aus Mitleid behalten.

Militärflugzeug abgestürzt Piloten am Leben, Passant getötet

In Rumänien stürzte ein Militärflugzeug über einem Truppenübungsplatz ab. Trotzdem der Sturz aus 3000 Meter Höhe erfolgte, blieben die beiden Insassen unversehrt. Jedermann wurde ein Kanalarbeiter, dessen Pferd vor dem fallenden Flugzeug scheute und den Reiter abwarf, unter der Maschine begraben.

Wirbelsturm im Elsaß

Der Sturz im Elsaß wurde gestern von einem Wirbelsturm heimgelassen. Hunderte von Bäumen wurden entwurzelt und viele Häuser abgedeckt. In Wissembour wurden fünf Schuppen eingestürzt. Der Schaden, den das nur wenige Minuten andauernde Wetter angerichtet hat, wird auf mehrere Millionen geschätzt.

Bootsunglück in Ostpreußen

Auf der Mitte des Meereses in Ostpreußen kenterte ein Motorboot mit sechs Anfahren aus Keim auf der Heimfahrt an einem Ausfluge. Der Besizer des Bootes, der Kapitän der Reichsflottille, der Kaufmann Kobbelt und eine Gutsbesitzerin Tochter ertranken. Die übrigen Fahrgäste, die sich an das Boot klammerten, konnten gerettet werden.

Todessturz in den Bergen

Drei Touristen aus Linz a. D. stürzten am Erloskopf am Trausee 400 Meter ab. Die Unglücklichen waren jämmerlich auf der Stelle tot.

Im Kajak zum Nordkap

Die Stadt Rabe wurde am Montag von einem Großbrand heimgelassen. Im Geschäftsquartier der Stadt wurden 70 Gebäude, darunter große Handels-, Büro- und Klubhäuser, vollständig eingestürzt. Die Polizei glaubt, daß es sich um Brandstiftung handelt.

Großfeuer in Kobe

Der Kindestausch vor Gericht
18. Gedächtnis-Feiertag, 21. Juni. Am Dienstagvormittag fand Termin in dem Prozeß um die veräußerten Kinder statt, zu dem sich eine ganze Anzahl von Zuhörern eingefunden hatten. Die erwartete Sensation blieb jedoch noch aus, doch ergab sich, daß nach einer Erklärung erfolgt. Die beiderseitigen Rechtsvertreter ließen nämlich die Sache zum Spruch stellen, so daß vom Gericht demnach eine Entscheidung verlinnet wird.

In 29 Stunden von Paris nach Teheran

11. Paris, 21. Juni. Den beiden französischen Militärfliegern Gierler und Hauptmann Ripperet ist es gelungen, die fast 5000 Kilometer lange Strecke Paris-Teheran ohne Zwischenlandung in 29 flüchtigen Flug zurückzulegen. Die beiden Flieger waren am Sonntagmorgen an Bord eines Militärflugzeuges in Paris gestartet und landeten am Montagmorgen in der persischen Hauptstadt.



Japanische Interventionsoldaten schärfen weiter die Waffen

Die Imperialistische Bourgeoisie Japans wirft fortwährend neue Truppen nach der Mandchurei, um von dort aus weiterhin vorzustoßen gegen die Grenzen der Sowjetunion. In Japan wird desgleichen wie in Deutschland an dem militaristischen Bildmaterial, wie nebenstehendem Bild zeigt, eine national-chauvinistische Stimmung für den imperialistischen Krieg betrieben.



Die Kriegstechnik

macht weitere Fortschritte in der Vervollkommnung des Ausbaues von Flugzeugen, wie nebenstehendem Bild zeigt. Mit den Windmühlentuglen über der Maschine soll erreicht werden, daß der Start sofort ermöglicht wird und die Geschwindigkeit der Stundenkilometer für die Flugzeuge gesteigert wird.

Zu den Wahlen

Deutsche

Wahltag, 11. Juni. In der Wahl...
Tagessordnung...
Wahltag, 11. Juni...

Wahltag, 11. Juni. In der Wahl...
Wahltag, 11. Juni...

Wahltag, 11. Juni. In der Wahl...
Wahltag, 11. Juni...

Wahltag, 11. Juni. In der Wahl...
Wahltag, 11. Juni...

DMV

Er hielt eine

Wahltag, 11. Juni. In der Wahl...
Wahltag, 11. Juni...



Aus der Arbeit der G.O.

Zu den Verbandstagswahlen im DMV

Wählt oppositionelle Delegierte im Zeichen der roten Einheitsfront, im Zeichen der Antifaschistischen Aktion

Am kommenden Sonntag, dem 26. Juni, vorm. 10 Uhr, wählen die Wähler der Delegierten zum Verbandstag des DMV die Metallarbeiterität für die Tag der großer Bedeutung kommt auf die Entscheidung an: Soll weiter fortgesetzt werden die Kampagne gegen Lohnabbau und Faschismus auf der Grundlage der roten Einheitsfront?

In alle Fälle es die Bürokraten mit aller Schläue verstanden den Kandidaten der revolutionären Opposition, den Kollegen Georg Schumann, Berlin, als Kandidaten auszuscheiden zu lassen, für haben aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht, die Metallarbeiterität werden nicht nach dem Willen der Bürokratie, sondern nach ihrem eigenen Willen handeln. Zur Abstimmung sollen zwei Kandidaten stehen: Der Referent Emil Lange und der Brandlerist Georg König. Die Brandleristen

bedrohte Comintern sind bei den Brandleristen wie bei den reformistischen Bürokraten stets die gleichen gewesen. Mit Feinden des Vaterlandes der Arbeiterklasse kann keine Einheitsfront bestehen!

Die Bürokratie hat nun folgende Wahlliste für die Delegiertenwahl festgelegt:

1. „Golfpart“, Burgstraße 27.
2. „Gewerkschaftsbund“, Harz 12/44 (Döberl).
3. Carl's Bierhaus, Jacobstr. 22 (Edle Verbandsführer).
4. Restaurant Neubert, Seefener Str. 226 (Edle Verbandsführer).
5. Restaurant „Gaudinistr.“, Merseburger Str. 112.
6. Dillners Restaurant, Landsberger Str. 56.
7. Ammendorf und Umgegend: Restaurant Schindorf, Merseburger Str. 1.
8. Köllberg, Wilmshilf und Sildewitz von Halle: Restaurant Altmanngewitz, Köllberger Weg 58.
9. Nütlichen und Umgegend: Gasthof „Zur Sonne“.
10. Canena und Umgegend: Hermann Bergers Restaurant, Edle Seefener Str.
11. Büßdorf, Krebsburg u. Umgegend: Gasthof „Zur Nachtigall“.

12. Schenkstamm und Umgegend: Restaurant „Kleinmann“.
13. Cöbbsin, Merzb. und Umgegend: Gasthof in Merzb.
14. Gröbers und Umgegend: Restaurant Rauhmann.
15. Teufenthal und Umgegend: Restaurant „Würendorf“ in Teufenthal.

Um 14 Uhr ist die Wahl beendet. Die Bürokraten haben nicht Lust, sich lange hinzusetzen, und sie fragen auch nicht danach, daß 3. die Deutscher Kollegen, die am Sonntag bei 14 Uhr Schicht haben, nicht wählen können. Es ist ihnen zu viel, die Wahlzeit bis um 16 Uhr auszuhalten.

Die Ortsverwaltung gibt bekannt, daß die Stimmzettel nur einen Namen enthalten dürfen und zwar entweder Georg König oder Emil Lange. Die revolutionäre Opposition handhabt die Dinge anders.

Die Stimmzettel der revolutionären Opposition werden beschriftet mit dem Namen

Georg Schumann

Die revolutionäre Opposition wird auch dafür sorgen, daß die oppositionellen Kollegen, selbst wenn ihre Stimmen für ungültig erklärt werden, zum Verbandstag fahren und die Zulassung zum Verbandstag fordern.

Metallarbeiter, heraus zur Wahl! Gebt eure Stimme der revolutionären Opposition, entscheidet euch für die rote Kampfentheit gegen Lohnabbau, Faschismus und imperialistischen Krieg, entscheidet euch gegen den arbeitgeberfeindlichen Kurs der Gewerkschaftsführung, entscheidet euch für den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, für den Kampf um den Sturz des Kapitalismus, für den sozialistischen Ausweg aus der Krise!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Wittmoos, den 22. Juni 1932, pünktlich 10 Uhr, findet in Remond Restaurant, Seefener Str., Edle Bürgenstraße, eine Mitgliederversammlung.

Der im Bezirk Sieden und Sildewitz von Halle wohnenden und Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Metallarbeiter.

Tagesordnung: Die allgemeine Wirtschaftslage. Die Kollegen werden ersucht, zu dieser wichtigen Versammlung pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch gilt als Ausweis!

Achtung! Alle Kommunisten, die noch im DMV organisiert sind, treffen sich bereits um 18.30 Uhr zur Fraktionssitzung in Lokal Wenzel, Köllberger Weg, Edle Stadtgüterweg, Parkbuch mitbringen. Wir machen es allen Genossen zur Pflicht bestimmt zu erscheinen.

Wir wollen mit den Vertretern der revolutionären Opposition um die Mitgliedschaft abschließen, was nicht möglich, sondern in der Tat Brandleristen wollen zuerst für den Kandidaten der Opposition den Kollegen Georg Schumann stimmen, und dann mit dem zweiten Vorkämpfer die Opposition für den Brandleristen wählen lassen!

Die Brandleristen wollen zur Bekämpfung ihrer Position einen unpopulären Kurs, und die ganze Sache sollte unter der Flagge der roten Einheitsfront führen.

Auf das Teilnehmende liegt die revolutionäre Opposition nicht ein, denn die Rolle der Brandleristen ist bekannt, sie werden mit demagogischen Gerüchte die Metallarbeiter zum Kampf gegen Lohnabbau, Faschismus und imperialistischen Krieg abzusuchen. Die Argumente der König und Tapp wurden im „Klassenkampf“ bereits genügend zerlegt.

Eine Versammlung für die Deutschen Metallarbeiter, am Sonntag, 20. Juni, im Lokal „Friedrichstraße“ stattfinden, was außerdem noch einmal zu allen aufzuerstigen Fragen Stellung nehmen.

Die Wahlen zum Verbandstag müssen im Zeichen der Antifaschistischen Aktion stehen und der Wähler sein für gemeinsame Sache aller Metallarbeiter in roter Einheitsfront!

Es kommt nicht auf das Einheitsfront-Gerüchte an, sondern auf die Kampfsolidarität gegen den Faschismus, gegen das ausserliche Unternehmertum, gegen die faschistischen Vorkämpfer!

Der besondere Bedeutung ist die Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Die Metallarbeiter spielen bei der Reproduktion eine große Rolle, und die Argumente gegen die

Wollen wir weiter hungern!

6 bis 8 Mark Wochenlohn für Metallarbeiter und Millionenprofite für die Metallindustriellen

(Korrespondenz aus den Rauhhammer-Werken)

Die Metallindustriellen haben es noch nicht verstanden, Profite zu machen und die Löhne der Arbeiter auf die Metallarbeiterschaft abzumähen. Die Herren von Stahl und Eisen, die Gewerkschaften der Metallindustriellen, die eine ganze Reihe von Betrieben in der Hand halten, haben wieder ein günstiges Geschäftsjahr abgeschlossen. Sie haben die Beschäftigten der Werke reduziert, die Produktion gesteigert und rund drei Millionen Hindende ausgeschüttet. Rund 45.000 Mark haben die Aufsichtsräte geschüttelt, und die Abschreibungen betragen sich gleichfalls auf vier Millionen!

Nach der im Jahre 1928 erfolgten Trennung der ehemaligen Aktiengesellschaft Rauhhammer von Einheitsfrontmann. Preislau, wurde die Metallindustrie Stahlwerke Aktiengesellschaft gebildet. Dazu gehören seit jener Zeit das Stahl- und Walzwerk Röhler, Brandenburg und die früher zur Rauhhammer-Werke gehörenden Werke, das Eisenwerk Rauhhammer, die Betriebe Grätz und Riela, ein Kraftwerk mit Breitscheid und einige Braunkohlegruben.

Die Beschäftigten, die im Jahre 1928 8000 betragen, wurden sehr bald auf 5000 heruntersgebracht, und ständig erfolgen neue Entlassungen!

Die Lohnverhältnisse sind für alle Werke vertrieben. Es kommen vier Tarifgebiete in Frage, so daß zu ganz verschiedenen Terminen die einzelnen Beschäftigten Lohnkürzungen und Urlaubsoverleistungen direkt bekommen. Die reformistischen Verhandlungen wieseln hietz auf die Tarife hin, forderten Tariftreue und ermöglichen so das raffinierte Vorgehen der Metallindustriellen auf die gesamte Lage der Metallarbeiterschaft. Heute, wo in den Werken der Metallarbeiterschaft immer mehr zu den Kampfprogrammen der revolutionären Opposition Vertrauen gewonnen, wo die rote Einheitsfront wirklich im Wachen ist, wo jammern auch reformistische Funktionäre, führende Verbandsleute, über die schlechten Löhne!

Über nicht nur Arbeiter, sondern auch Angestellte spüren die

Wahnahmen der kapitalistischen Ausbeuter jetzt sehr deutlich. Angestellte wurden meistens abgebaut, aber der Direktionsstab schwoll an!

Ein Beispiel für sich ist auch die Betriebskrankenkasse, der zur Zeit Mitglieder angehören. Bei der Krankenkasse wurden die Leistungen abgebaut, Kinderhilfe, Erholung für Arbeiter usw. aber Aktiennummern wurden ausgeben für ein Wohnhaus für den Chefarzt des ebenfalls zur Kasse gehörenden Krankenhauses. Im Jahre 1931 wurden trotz verminderten Beitragseinnahme 14.000 Mark erübrigt, und trotz der gefälligen Prüfungen wurde ein Bar-Kassenfonds mit noch vorzählbaren Geldern von 84.000 Mark in das Jahr 1932 hinübergenommen.

Diese Politik im Krankenkassen zeigt, wie die Metallindustriellen im Angriff auf die Sozialpolitik mit an der Spitze stehen!

In den meisten Betrieben herrscht Kurzarbeit, so daß 6-8 Mark pro Woche „Arbeitsentlohn“ seine Geltendmachung findet. Jeder Kollege im Betrieb merkt an seiner Kohle, daß es falsch war, einfach die Unternehmerrücklage immer wieder hinzunehmen. Es wird viel geschimpft, und man meißelt über die Gewerkschaftsführer.

Mit Schimpfen kommen wir nicht weiter. Die Kollegen, die die verträglichste Lohnabbaupolitik der Gewerkschaftsführer vertreten, müssen nunmehr zum Handeln kommen.

Jeder Tag, jede Minute muß ausgenutzt werden zur Schöpfung der roten Einheitsfront im Betriebe. Die SPD, der RDD, Kollege, ab parteiell, ob in der Gewerkschaft oder in der AFD organisiert, ab unorganisiert, Kollege, das ist alles gleich. Es kommt nicht darauf an, über die Einheitsfront zu reden, sondern sie in die Tat umzusetzen. Eine echte Einheitsfront ist eine Kampf-Einheitsfront. Sie muß auf der Grundlage der Forderungen der Metallarbeiterkollegen aufbauen. In jedem Betrieb, in jeder Abteilung muß zu den Kampfmaßnahmen Stellung genommen werden!

Die Mindestforderungen sind: Gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen jede Entlassung, für Vorkühnung, gegen den Betriebsfaschismus, gegen jede Bestrafung von Kriegsmaterial!

Arbeitskollege, macht euch meistens Vorkämpfer! Diszipliniert öffentlich im „Klassenkampf“, der keine Spalten für jeden Arbeiter offen hat. Handelt und handelt jagt!

Kampferfolg der 15 „Leonhardt“-Kumpels

Ein Beispiel für alle Bergproleten

Die Gewerkschaft Leonhardt (Geleit) hat kürzlich den Betrieb wieder aufgenommen, weil die Gesellschaft andere Betriebsbetriebe pflichtig hat. Kaum ist der Wirt im Gange, da wurden die Arbeiterbetriebe direkt unterdrückt. Die Kollegen im Arbeiterbetrieb sind durch die Ausbeutungen und Unterdrückungen auf eine enge, zusammengedrängte worden. Das Verlangen von einer Tonne Brottes wurde mit 53 Pfennig bezahlt. Die Kollegen müssen 30 Meter von der Straße bis zum Wagon laufen. Sie nennen das die sogenannte Krennbau. Bei der Schultze verlorsten vier Kollegen in einer Schicht zusammen 10-11 Mark. Das ist ein Bundeslohn für die Arbeiter!

Aber es kam noch besser. Die Kollegen hatten noch eine Woche Wohlfühlunterstützung zu bekommen, denn sie hatten ja kaum die Arbeit aufgenommen. Die Unterstützung wurde ihnen verweigert. Der Gemeindevorsteher ließ mitteilen: „Ihr habt ja Arbeit, ihr bekommt keine Unterstützung mehr.“

Die Kollegen gegen auch Schicksal zum Gemeindevorsteher: dort wies ich nicht auf der Straße. Der Gemeindevorsteher war wie immer bei solchen Anlässen, nicht auffindbar. Dann aber wurde den Kollegen erklärt, sie bekommen die Woche Unterstützung noch ausgehört, wenn sie mit dem Beif. Vereinbarungen trafen, daß das Werk dann die Unterstützung wieder abgeben könnte.

Darum haben die Kollegen die Arbeit im Wert nicht aufgenommen. Sie erklärten: Wir haben kein Geld, um Schenkmittel zu kaufen, so können wir auch nicht zur Arbeit gehen. Die Gemeinde zahlte dann die Hälfte der Wohlfühlunterstützung aus. Darum sind die Kollegen wieder zur Arbeit gegangen. An der Aktion beteiligten sich 12-15 Kumpels, darunter parteiell und Nazi-Proleten.

Kumpels, ihr seht, daß ihr sofort etwas erreichen könnt, wenn ihr geschäftlich vorgeht und nicht die Forderungen ablegt. Der Kampf des eifrigen Wirtes zur Verbesserung eurer Lage. Jetzt gilt es auch den Kampf im Betrieb zu führen gegen die erbärmliche Unterdrückung, gegen die Bundeslöhne.

DMV-Zenhagen will „Einheitsfront“

Er hielt eine sehr radikale Rede in der Merseburger Mitgliederversammlung und verbandt die Urnahl zum Verbandstag

Am letzten Freitag war Metallarbeiter-Mitgliederversammlung in Merseburg. Die Ortsverwaltung gab zuerst den Kollegen die Gelegenheit, einen durchaus demagogischen Vortrag zu halten und den Kampf der Metallarbeiterschaft zu halten. Sollte für sich Stimmung machen, als Kandidat für den DMV-Verbandstag!

Die Zenhagens Ausführungen gingen trotz aller geschickten Redensarten hervor, daß es den Bürokraten vor der roten Einheitsfront der Arbeiterität hängt. Die Bürokraten merken, daß die Arbeiter wirklich zum Kampf gegen das kapitalistische System gehen, dessen treueste Stützen die sozialdemokratische Gewerkschaftsführer sind.

Zenhagen führte ungefähr aus:

„Es ist eine Verhöhnung der Mitglieder festzustellen, man dürfe nicht in der Gewerkschaft nicht mehr Wirtschaftspolitik durchführen, sondern nur die Verbesserung der Lage der Arbeiterität kämpfen! Ein Beispiel würde ein großer Metallarbeiterkampf bevor. Durch die Abschaffung der Papen-Aktionierung würde das Elend der Arbeiter ganz gewaltig gesteigert, und deshalb müßten die Arbeiter gegen Faschismus mobilisiert werden. Er arbeitete schon unter so langen Jahren, die Einheitsfront der Arbeiter unter so vielen Jahren.“

Die Gewerkschaftsführer sind die unteren Führer der AFD, die es sei keine Zeit mehr zu verlieren, die Selbstverwaltung müsse aufgehoben, das Parlament müsse herbeigerufen werden oder der „Klassenkampf“, in dessen Revolution Schwindler die Gemeindevorsteher meist ansetzt, wenn sie ein Kampf gegen den Faschismus nicht führen. Er Zenhagen, das keine Gewerkschaft getrieben, was das „Klassenkampf“ (Schreib, sondern habe nur über die Fehler und Mängel der Wirtschaftspolitik in der Comintern gesprochen!

Die Metallarbeiterverband handeln und große Versammlungen durchführen. Der Verband müßte auch große Versammlungen durchführen. In den Parlamenten für die Metallarbeiterforderungen, eintreten!

Zur der Wahlkampf sei von Seiten der SPD und des ADGB beschuldigt, mit der SPD einen Bund geschlossen, um den Hauptkampf gegen das Parlament zu führen. Es müßte bald zu großen Demonstrationen unter roten Fahnen kommen. Alle Kräfte müßten zum aktiven Kampf gegen den Faschismus einparat werden.

Nach Zenhagen sprach der Brandlerist Lehner. Lehner erklärte, daß Zenhagen nicht zufrieden lag, daß die SPD-Führer die Einheitsfront in Wirklichkeit gar nicht wollen, und die SPD-Führer seien zu „starrköpfig“, um zum Zusammenstoß zu kommen! Die Brandleristen, führt er sinngemäß aus, seien die richtigen Einheitsfrontpolitiker!

Es sprachen dann mehrere Kollegen der revolutionären Opposition, die in aller Klarheit die Lage der roten Einheitsfront der Metallarbeiterschaft aufzeigten. An diesem, aber laßlicher Weise rechneten sie mit der Politik der Gewerkschaftsführer ab und applaudierten an die Kollegen, jetzt wirklich zu handeln und das Einende in den Vordergrund zu stellen, und daß sie der Kampf gegen die Beschäftigten der Lage der Arbeiterität, der Kampf gegen das Faschismus!

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung zeigte es sich am besten, was das Gerüchte in Zenhagen und Co. wert war. Eine Urnahl zum Verbandstag findet für Merseburg nicht statt. Die Bürokratie will es nicht; sie weiß, daß sich die Mitglieder für die Opposition entscheiden, und so müßte denn die Mitgliederversammlung erhalten, um die Delegiertenwahl vorzunehmen. Zenhagen erhielt 41 Stimmen, der Kollege Wilhelm Roder 25. Die Stimmen für Wilhelm Roder wurden für ungültig erklärt!

Wieder mit die Bürokratie auf dem Verbandstag in Dortmund allein bleiben, nicht ein oppositioneller Delegierter soll zugehen sein!

Die Merseburger Metallarbeiterschaft wird handeln, sie wird unter der Metallarbeiterschaft eine Sammlung durchführen und die Kollegen der Sekretäre der Opposition, der Kollegen Wilhelm Roder zum Verbandstag noch Dortmund überstellen. Die Metallarbeiterkollegen schmieden die rote Einheitsfront!

